

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910

354 (25.12.1910) 1. Blatt

Karlsruher Zeitung.

1. Blatt

Sonntag, 25. Dezember

1. Blatt

N^o 354

Expedition: Karl Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1910

Des heiligen Weihnachtsfestes wegen erscheint unser nächstes Blatt am Dienstag mittag.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 24. Dezember d. J. gnädigt bewogen gefunden, dem Minister der Finanzen Rheinboldt das Kommandeurkreuz I. Klasse Höchstzweites Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigt bewogen gefunden, den nachgenannten Hofbediensteten die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihnen verliehenen Auszeichnungen zu erteilen, und zwar:

für das Herzoglich Braunschweigische Verdienstkreuz zweiter Klasse:

den Offizianten Georg Melber und Christian Bestold;

für das Herzoglich Braunschweigische Ehrenzeichen erster Klasse:

den Lakaien Nikolaus Baumstark, Gottlieb Bestold, Theodor Stadel und Gustav Philipp Kühner, sowie dem Schloßdiener Karl Müllich;

für das silberne Verdienstkreuz des Fürstlich Hohenzollernschen Hausordens:

dem Offizianten Franz Link;

für die dem Fürstlich Hohenzollernschen Hausorden angegliederte silberne Verdienstmedaille:

den Lakaien Adolf Zabler und Martin Kraut.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 16. Dezember l. J. gnädigt geruht, folgende Beamte der Staatseisenbahnverwaltung landesherrlich anzustellen:

die Revisoren:

Albert Bollheimer bei der Generaldirektion und Robert Seidt bei der Hauptwerkstätte;

die Stationskontrolleure:

Karl Vogel in Mannheim und Ludwig Richter in Kirchheim b. S.;
die Betriebssekretäre:

Karl Schleicher in Billingen,
Karl Buss in Mannheim,
Peter Kaiser in Karlsruhe,
Georg Dorsch in Wertheim,
Richard Schaub in Appenweier,
Wilhelm Reichert in Offenburg,
Johann Hege in Mannheim,
August Hertlein in Steinbach und
Karl Köpfler in Freiburg;

die Baukontrolleure:

Wilhelm Kunz bei der Generaldirektion und Leo Nieple bei der Hauptwerkstätte sowie den Zeichner Wilhelm Kirn bei der Generaldirektion.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 16. Dezember l. J. gnädigt geruht, dem nichtetatmäßigen Regierungsbaumeister Artur Kaufmann von Karlsruhe unter Verlassung der Amtsbezeichnung Regierungsbaumeister die etatmäßige Amtsstelle eines zweiten Beamten der Eisenbahnverwaltung zu übertragen.

Mit Entschließung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 20. Dezember l. J. wurde Regierungsbaumeister Artur Kaufmann der Bahnbauprüfung II in Basel zugeteilt.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat unterm 19. Dezember 1910 den Registraturassistenten Michael Ries beim Landesgefängnis Mannheim und Joseph Dechsner beim Landesgefängnis Freiburg die Amtsbezeichnung Registrar verliehen.

Nicht-Amtlicher Teil.

* Eine Mahnung an die Parteien.

(Zum Weihnachtsfest.)

Zu den beliebtesten Schlagwörtern der parteipolitischen Agitation gehört das Wort „Toleranz“. Wenn man sich nach seiner Verwertung in Reden und Artikeln ein Bild von der tatsächlichen innerpolitischen Lage machen wollte, würde man sagen müssen, daß die Möglichkeit, auch politisch nach der eigenen Fassung selig zu werden, nirgends größere Garantien hat, wie in Deutschland. Und nun, bei Tage besehen, welch klaffender Unterschied zwischen Rede und Tat, zwischen Theorie und Praxis! Selten hat das innerpolitische Leben des Reiches so sehr im Reichen parteipolitische Verfahrenheit und Zerklüftung gestanden, wie heute. Selten ist die Anschauung, daß der politische Gegner doch eigentlich nur ein Individuum zweiter Güte, ein zum mindesten dummer, wahrscheinlich aber boshafter Mensch sei, so ins Kraut geschossen, wie heute. Objektiv betrachtet, erscheint so natürlich jede Partei in den Augen der ihr gerade feindlich gegenüberstehenden als mißleitet, machtlüstern, egoistisch und verbohrt. Daß aus dieser gegenseitigen Herabsetzung in Wank und Bogen philosophisch gestimmte Seelen die Nutzlosigkeit, ja Schädlichkeit des gesamten Parteigetriebes herleiten, ist ja bekannt. Wir wollen übrigens gleich betonen, daß wir zu diesen Leuten nicht gehören. Parteien müssen da sein und sind auch immer dagewesen: ihre höhere Existenzberechtigung verleiht ihnen aber erst die zum obersten Grundsatze erhobene Rücksicht auf das Ganze, d. h. auf den Staat, und die, sei es nun in Parteien oder in rein wirtschaftlichen Gruppen organisierten Staatsbürger. Diese Rücksicht der Partei auf das Ganze führt somit zur Toleranz unter den Parteien selbst. Oder umgekehrt und in der Form der Bedingung gesagt: je toleranter eine Partei gegen die andere ist, um so mehr Verständnis wird sie den Forderungen der Gesamtheit entgegenbringen. Es versteht sich am Rande, daß solche Parteien, die bewußt auf die Zerstörung des Gesamtheit zur geschichtlichen Einheit umfassenden Staates hinarbeiten, hier nicht in Frage kommen könnten. Denn sie brauchen, da sie auf den Staat keine Rücksicht nehmen, auch gegen die anderen Parteien nicht tolerant zu sein. Andererseits kann man sagen, daß eine Partei, die grundsätzlich den Staat bekämpft, mit anderen auf dem Boden dieses Staates stehenden Parteien aber trotzdem Bündnisse oder gewisse lockere Abmachungen schließt, sich so bereits dem Staate selbst nähert und ihn tatsächlich bereits anerkennt. So ergibt sich aus dem gemeinschaftlichen Arbeiten der Parteien, aus der gegenseitigen Toleranz die Möglichkeit, auch solche Parteien zur Mitarbeit am Staate zu ziehen, die ihm grundsätzlich feind sind.

Wie sehr schon das gemeinschaftliche parlamentarische Arbeiten geeignet ist, Gefühle der Reichs- und Staatsfeindschaft wenigstens abzuschwächen oder teilweise ganz zu beseitigen, zeigt die Geschichte des Deutschen Reichstages nur zu deutlich. Ein solcher Partikularismus, wie er noch in den 70er und 80er Jahren im Reichsparlament herrschte, ist heute nicht mehr denkbar. Ja, man kann sagen, daß heute eigentlich alle großen Parteien des Reichstages — die einen sagen's in ihrem Programm ganz offen, die anderen verschweigen's noch hier und da — von der Notwendigkeit, der Nützlichkeit und dem Segen des Reiches durchdrungen sind. Es ist sogar schon soweit gekommen, daß einen Liebkecht in Amerika das Heimatgefühl überfällt und er beinahe in die Verlegenheit gerät, „Patriot zu werden“. Alle großen Parteien haben eben, wie Dietrich Schäfer in seiner jüngst erschienenen „Deut-

schen Geschichte“ sehr richtig bemerkt, eingesehen, daß des Reiches Bestehen für sie selbst Lebensbedingung geworden ist. Von Reichsfeinden kann in dem Sinne, in dem das Wort bei seinem Aufkommen verstanden wurde, nicht mehr die Rede sein; auch die extremsten Parteien sind, soweit ihre Angehörigen deutschen Stammes sind, so sehr mit dem Reiche verwachsen, daß sie sich von ihm nicht mehr lösen können. Daß bei der extremsten Partei des Reichstages, der Sozialdemokratie, die große Mehrheit des Vorstands und der Wählermasse überzeugte Gegner des monarchischen Staates sind und ihn am liebsten umstürzen möchten, ändert an dieser Tatsache, die eben stärker ist als alle Umsturzgelüste, gar nichts. Der Reichsgedanke hat sich eben bereits so stark erwiesen, daß selbst die Partei, die das Bestehende nach ihren eigenen Wünschen von Grund aus umändern möchte, ihm, wenn auch widerwillig, sein Recht zugesteht. Denn unter diesem Reichsgedanken ist die Sozialdemokratie ja groß geworden. Andererseits hat das Reich einen großen Teil der berechtigten Wünsche dieser Partei erfüllt. Mag auch diese Tatsache noch meistens keck bestritten werden, sie ist nun einmal da und wirkt auch dort, wo man sie von Partei wegen am liebsten ignoriert sehen möchte.

Es wird auch einer anderen Partei noch bisweilen der Vorwurf der Reichsfeindschaft gemacht, vielleicht ohne zu überlegen, daß es für die Angehörigen einer deutschen Partei kaum einen schlimmeren Vorwurf gibt. Man mag den Gegner, wie eingangs ausgeführt, noch so schelten — von hoher Kultur zeugt es übrigens auf keinen Fall —, ihn Reichsfeind, ihn antinational nennen, ist eine durch nichts zu rechtfertigende Beleidigung. Mögen die Parteien sich unter einander noch so heftig befehden, es sollte gewisse Grenzen geben, über die man nicht hinausgeht. Ist es schon betäubend genug, zu sehen, wie heute eine Partei die andere zur Erbpächterin aller Torheit, Bosheit und Unverfrorenheit macht, so ist es einfach entwürdigend, wenn zu allen diesen Verfeinerungen auch noch der Vorwurf der unpatriotischen Haltung, der Antinationalität, der Reichsfeindschaft, kommt. Der Ausländer muß von diesen Deutschen, die sich gegenseitig ihr heiligstes Gut, die Vaterlandsliebe, die Liebe zum Reich abschprechen, fürwahr einen seltsamen Eindruck bekommen. Angesichts dieser unheilvollen parteipolitischen Zerissenheit erscheint es beinahe gewagt, den Parteien, und zwar allen, eine von Selbsterkenntnis und Toleranz getragene Einkehr zum kommenden Weihnachtsfeste zu empfehlen. Und doch tun wir es, in der Gewißheit, daß in deutschen Herzen der Weihnachtsbaum noch immer das Gefühl der Liebe zum Vaterland hell hat erklingen lassen! C. A.

Deutsches Reich.

Die Verfassungsreform in Elsaß-Lothringen.

Der Gesetzentwurf über die Verfassung Elsaß-Lothringens bestimmt unter anderem, daß der Landeshaushaltsetat alljährlich durch Gesetz festgestellt wird. Bis zum Inkrafttreten des neuen Staatsgesetzes bleibt die Landesregierung ermächtigt, nach Maßgabe des letzten Haushaltsetats Steuern und Abgaben zu erheben und Schatzanweisungen auszugeben, ferner die rechtlich begründeten Verpflichtungen der Landesklasse zu erfüllen, genehmigte Bauten fortzusetzen usw. Die Mitglieder der Ersten Kammer, welche der Kaiser auf Vorschlag des Bundesrats ernannt, müssen in Elsaß-Lothringen wohnhafte Reichsangehörige sein. Durch Landesgesetz kann bestimmt werden, daß zu berufständischen Mitgliedern der Ersten Kammer höchstens drei Vertreter des Arbeiterstandes hinzutreten, sobald durch Reichs- oder Landesgesetz Arbeitervertretungen geschaffen sind, denen die Wahl dieser Vertreter übertragen werden kann. Die Mitglieder des Landtages erhalten eine Entschädigung nach Maßgabe des Landesgesetzes. Zur Vertretung der Interessen Elsaß-Lothringens im Bundesrat ernannt der Statthalter Kommissare, die an den Beratungen des Bundesrats

teilnehmen. Das Wahlgesetz bestimmt unter anderem: Wählbar sind die männlichen Einwohner Elsaß-Lothringens, welche seit mindestens drei Jahren Reichsangehörigkeit besitzen und ebenso lange in Elsaß-Lothringen Wohnsitz haben, direkte Staatssteuern entrichten und ihr dreißigstes Lebensjahr vollendet haben. Die Begründung besagt: Während das Verfassungsgesetz nur im Wege der Reichsgesetzgebung geändert werden kann, soll die Regelung des Wahlrechts künftig in den Bereich der Landesgesetzgebung fallen.

Die Gesetzentwürfe über die Verfassung Elsaß-Lothringens und über die Wahlen zur Zweiten Kammer des Landtags sind gestern dem Reichstag zugegangen.

Deutschland und die Gotthardbahn.

Die in der Presse aufgetauchte Behauptung, die deutsche Regierung habe, nach einem von Professor Meili (Zürich) ausgearbeiteten Rechtsgutachten, den Standpunkt, wonach die Schweiz die Gotthardbahn nicht ohne Zustimmung der Subventionsstaaten Deutschland und Italien verstaatlichen könne, aufgegeben, wird von der „Nordd. Allg. Ztg.“ aus gut unterrichteter Quelle als unzutreffend erklärt. Deutschland und Italien stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Schweiz die Verstaatlichung der Gotthardbahn nur mit Zustimmung der Vertragsstaaten vornehmen dürfe und daß diese die Zustimmung zur Verstaatlichung von Bedingungen abhängig machen könnten. Von der Austragung einer Streitfrage habe man bisher absehen können, diese würde jedoch auf die eine oder andere Weise zum Austrag zu bringen sein, wenn der Gotthardvertrag von der Schweiz nicht ratifiziert würde. Abgesehen von der Berechtigung des deutschen Standpunktes neuerdings auch teilweise in der Schweiz anerkannt.

Zur Reform der Rechtspflege.

Mehrere Juristen und Nichtjuristen veröffentlichen einen Aufruf, in dem sie die Reformbedürftigkeit der heutigen Rechtspflege als eine allgemein anerkannte Tatsache bezeichnen und u. a. verlangen, daß die Rechtswissenschaft mit der Praxis in engere Verbindung trete, indem einerseits Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte als Rechtslehrer herangezogen werden, andererseits die Universitätsprofessoren möglichst gleichzeitig in der praktischen Rechtspflege tätig sind. Der Praktiker wird durch die engere Fühlung mit der Theorie vor der Gefahr bewahrt sein, in routinemäßiger Arbeit sich zu erschöpfen, während an die Stelle des noch nicht ganz ausgestorbenen Stubengelehrten von selbst der praktisch geschulte Lehrer und Forscher tritt, der seine Hörer zu juristischem Denken erzieht, der die Rechtsgedanken im Zusammenhang mit der Kulturentwicklung verfolgt, und der dadurch, daß er ihre Richtungslinien aufdeckt, dem Gesetzgeber und Richter die Wege weist. Die Rechtssicherheit müsse vor allem in der unabhängigen Persönlichkeit des Richters, seiner wissenschaftlichen Bildung und praktischen Erfahrung gesucht werden. Die Gesetzesauslegung soll keine philologische Tätigkeit und Paragraphenentzifferung, sondern sie soll eine Anpassung an die Forderung des praktischen Lebens sein. Es kommt nicht allein darauf an, was sich aus den Gesetzesworten herauslesen läßt, sondern vor allem darauf, daß die Ergebnisse, zu denen eine Auslegung führt, brauchbar sind. Die Juristen sollen keine abgeschlossene Kaste bilden. Die Forderung, daß sie mit dem Volke Fühlung nehmen und daß sie sich dem Volke verständlich machen, müsse daher nicht nur vom Standpunkt des Recht suchenden Publikums, sondern sie müsse vor allem auch von dem Standpunkt der Handelsrichter, Geschworenen und Schöffen gestellt werden. Daher sollte die Justizreformfrage nicht als eine spezifisch-juristische Frage angesehen werden. Es sollten sich vielmehr solche Juristen, die einen weiteren Gesichtskreis haben, mit führenden Persönlichkeiten anderer Berufsstände zusammenschließen, um die Bewegung in ihrem Gange zu beschleunigen und damit die Rechtspflege dem Volke wieder näher zu bringen. — Der Aufruf trägt zahlreiche Unterschriften. Von Badenern haben unterschrieben Dr. Otto Ammon, Rechtsanwalt Wimpfheimer, Dozent an der Handelshochschule Mannheim.

Zur Angelegenheit des Prinzen Max von Sachsen

schreibt uns die „B. Vol. Korr.“, die gute Beziehungen zum Vatikan unterhält: „Dem durch den bekannten Artikel des Prinzen Max von Sachsen hervorgerufenen Zwischenfall, dem sich in der Öffentlichkeit wegen der Persönlichkeit des Verfassers ein übermäßiges Interesse zuwendet, wird im Vatikan keine besondere Bedeutung beigelegt. Abbé Max von Sachsen wird aufgefordert werden, über seinen Artikel und die in demselben entwickelten heterodoxen Ansichten Aufklärungen zu geben; man ist überzeugt, daß es dem Verfasser keine Schwierigkeiten bereiten wird, dieser Forderung Rechnung zu tragen und sich der Autorität des heiligen Stuhls vollständig zu unterwerfen. Der Zwischenfall wird somit keine weiteren Folgen nach sich ziehen, und insbesondere ist zu betonen, daß er auf die Beziehungen zwischen dem Papst und dem Dresdener Hof keinen Einfluß ausüben wird. In den kirchlichen Kreisen äußert man die Überzeugung, daß Abbé Max von Sachsen, indem er sich einige der von den schismatischen Orientalen gegen das Papsttum erhobene Anklagen aneignete, sich von seinen Sympathien für die Griechen hinreißen ließ, ohne doch im entferntesten die Absicht eines bewußten Abweichens von den strenggläubigen Lehren zu hegen.“

Die Münchner Kraus-Gesellschaft

erläßt einen Aufruf an „alle deutschen Volksgenossen“ zur Unterstützung solcher katholischer Geistlicher, die den von ihnen verlangten „Modernisteneid“ nicht leisten wollen und sich dadurch von ihrer Kirche lösen. Durch eine finanzielle Sammlung würde auch denen Mut eingeflößt werden, die bisher noch schwankend seien oder den Eid mit Widerwillen bereits geleistet hätten. Zahlungen seien an das Separatkonto der Krausgesellschaft bei der Bayerischen Handelsbank in München zu richten. Unterzeichnet und mit Namensnennung unterstützt ist der Aufruf u. a. vom 2. Vorsitzenden der Gesellschaft Landgerichtsrat Gustav Ziegler in Kempten, Dr. Philipp Funt, Redakteur des „Neuen Jahrhunderts“, Dr. Ludwig Ganghofer in München, Oberbibliothekar Dr. Karl Geiger in Tübingen, Professor Dr. Walter Goetz in Tübingen, Chemiker Dr. Arnold Brunner in Höchst a. M., Dr. Dransfeld, Arzt in Hannover, Maler Hans Diez in München, Schriftsteller Leopold Katscher in Augsburg, Professor Dr. Friedrich Nippold in Oberursel, Lyzealprofessor a. D. Dr. Otto Sidenberger, Hilfsgeistlicher Oskar Seyer in München.

* Badische Politik.

Die Scherzheimer Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei hat eine auffallend heftige Auseinandersetzung zwischen dem „Badischen Landesboten“ und der „Badischen Landeszeitung“ zur Folge gehabt. Von einem in dem fortschrittlichen Hauptorgan wiedergegebenen Bericht über die Rede des nationalliberalen Abgeordneten Sängers hatten wir Notiz genommen. Jetzt wird zu dieser Rede in der „Landeszeitung“ richtigstellend ausgeführt: „Herr Sängers ist es nicht im entferntesten eingefallen, im Namen der Nationalliberalen Partei, oder in seinem eigenen Namen „alles“ gutzuheißen, was Herr Muser aussprach. Er sagte, im großen und ganzen hätte der Herr Referent eine nationalliberale Rede gehalten, in manchen Punkten müßte er ihm widersprechen und einiges der Versammlung mitteilen, was Herr Muser wohl vergessen habe. So könne er sich einverstanden erklären mit der Besprechung der Reichsfinanzreform, der Schulfrage usw. Auch sei der Ansicht, daß nicht hohe Getreidezölle allein der Landwirtschaft helfen können, wie er das auch schon im Landtage ausgeführt habe. Wie da von „wertvollen Geständnissen des Präsidenten des Landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes“, oder „von einer Kontrolle der Öffentlichkeit“ geredet werden kann, ist unerfindlich, um feineren Ausdruck zu gebrauchen.“ In dem Artikel der „Landeszeitung“ wird dann weiter gesagt, daß die Fortschrittliche Volkspartei im Hanauerland keinen Boden für ihre Ideen finden werde. Die „Straßb. Post“ bezeichnet die ganze Preßpolemik zwischen den beiden Blättern als unerfreulich und höchst überflüssig.

In einer Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei in Karlsruhe kritisierte Landtagsabgeordneter Hummel in einem Vortrag über die neue Gemeinde- und Städteordnung die Erste Kammer, weil sie verschiedene Beschlüsse der Zweiten Kammer wieder aufgehoben habe. Dies veranlaßte den ersten Diskussionsredner, Lokomotivführer Herrmann, die Beiseitigung der Ersten Kammer zu verlangen. Dagegen bezeichnete es der Parteiführer der früheren Freisinnigen Partei, Stadtrat Dr. Weill, als einen Irrtum, die Erste Kammer in ihrer heutigen Zusammensetzung als eine überlebte, in die Rumpfkammer gehörige Einrichtung anzusehen; sie bestehe neben den Grund- und Standesherrn eine Anzahl durchaus liberaler Männer, die sich durch hervorragende Sachkenntnis auszeichneten und die Entwicklung der Gesetzgebung des Landes in hohem Maße gefördert hätten. Auch an die Rede des Abgeordneten Hummel hat sich eine längere polemische Erörterung zwischen der „Bad. Landesztg.“ und dem „Bad. Landesboten“ bzw. Herrn Hummel selbst geknüpft.

* Übersicht.

Am gestrigen Promotionsstage kündigte der Rektor der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät habe Kaiser Wilhelm zum Ehren doktor ernannt. (Anhaltende Ehrentitel.) Er wies darauf hin, Kaiser Wilhelm habe für die Wissenschaft und die Gemeinbildung Interesse und Opferwilligkeit gezeigt, was die 10 Millionenstiftung anlässlich des Jubiläums der Berliner Universität beweise. Nicht bloß aus politischen Beweggründen, sondern auch aus Menschenliebe habe der Kaiser vor zwei Jahren einen blutigen Krieg von Ungarns Grenzen abwenden helfen. Kaiser Wilhelm sei ein wohlwollender Freund Ungarns.

Mehrere Berliner Blätter beschäftigen sich mit einem bevorstehenden Wechsel des Militärbevollmächtigten in Petersburg, Kapitän z. S. v. Hinc. Richtig ist, wie das Wolffsche Bureau an unterrichteter Stelle erfährt, daß ein Wechsel in Aussicht genommen ist. Unrichtig ist die Vermutung, daß Kapitän z. S. v. Hinc seinen Abschied nachsuchen wird, vielmehr ist eine anderweitige Verwendung des benährten Offiziers vorgezogen.

Der Hauptschuldige an der Ermordung des Deutschen Unger, ein gewisser Mahmud, ist, wie hierher aus Haifa berichtet wird, von dem neuen Gendarmierkommandeur Akka und sieben Gendarmen in einer Berghöhle des Karmel festgenommen und in das Gefängnis von Akka eingeliefert worden. Seine Ergreifung hat auf die Bevölkerung von Haifa und Umgebung einen starken Eindruck gemacht und so wohl zur Stärkung der Autorität der Regierung wie zur Erhöhung des deutschen Ansehens beigetragen.

Eine Abordnung des Verbandes deutscher Beamtenvereine überbrachte gestern dem Staatssekretär im Reichsschatzamt, Vermuth, das Diplom als Ehrenvorsitzenden.

Bayern wird, wie die „Leipz. N. N.“ aus München melden, auf eine eigene Landesversicherungsanstalt nicht verzichten, entgegen dem von der Reichskommission zur Vorbereitung einer Reichsversicherungsordnung unternehmenen Versuche, die in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Landesversicherungsämter zu streichen. Die Verantwortung für die Wichtigkeit dieser Meldung bleibt den „N. N.“ überlassen.

Wie die „Pfälzische Presse“ aus Kaiserslautern meldet, bewilligte das bayerische Staatsministerium den Witzern, die sich freiwillig den Arbeiten zur Bekämpfung der Rebschädlinge im Sinne der polizeilichen Vorschriften unterziehen, ein unverzinsliches Darlehen von 300 000 M.

Der Mißbrauch der Redefreiheit, den einzelne Abgeordnete in der Zweiten hessischen Kammer getrieben haben, führte zu einem Antrag, eine verschärfte Geschäftsordnung einzuführen, wonach Mitglieder nach dem dritten Ordnungsruf des Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen werden können.

Der Zeremoniar an der St. Kajetans Hof- und Stiftskirche und Religionslehrer Dr. Johannes Geldwein in München, der die Leistung des „Antimodernisten-Eides“ verweigerte, hat sich nunmehr der altkatholischen Kirche angeschlossen.

Der Weg der Ausnahme gesetzgebung wäre nach Ansicht des christlich-sozialen „Reichsboten“ ein pädagogischer Fehler, der nie wieder gut zu machen ist: „Wir würden an Stelle der Organisationen die Geheimbünde und den Klubismus züchten, und die unterirdische Ministerarbeit ist bekanntlich gefährlicher, als eine noch so turbulente Demonstrationspolitik auf der Oberfläche. Der Staat würde geradezu zum Säemann sozialdemokratischer Ideen werden, denn er würde im Großbetriebe Märtyrer züchten, und vor Märtyrerfrucht soll sich der Staat wohl hüten, das hat die Geschichte nur zu oft bewiesen. Ideen und Gefinnungen sterben nicht in der Zuchtstube und Gefängniszelle, sie lassen sich nicht auf dem Scheiterhaufen verbrennen und können nicht durch Flintenkolben und Polizeijäbel aus den Köpfen getrieben werden, sondern unter dem Druck und im Feuer der Trübsal entwickeln sie sich um so kräftiger.“

Ein deutscher Heimarbeitertag wird am 12. Januar 1911 in Berlin stattfinden. Die Heimarbeiter wollen bei dieser Tagung noch einmal die Forderungen erneuern, die sie zu dem Entwurf des Hausarbeitsgesetzes stellen. Die Tagung wird vorbereitet durch einen Aktionsausschuß, an dessen Spitze Prof. Dr. Ernst Franke-Berlin steht. Das Hauptreferat hat Prof. Dr. Robert Wilbrandt, Tübingen, übernommen.

Ein Vogelwart ist mit dem Amtssitz in Deidesheim für die Rheinpfalz aufgestellt worden. Der Forstassistent, der zu diesem neuartigen Amt ernannt wurde, erhält noch einen Hilfsarbeiter, den der Landtagsabgeordnete Puhl in der Berlepschischen Vogelwachtanlage auf seine Kosten ausbilden läßt.

Auslandsübersicht.

Paris, 23. Dez. Der Senat hat den von der Deputiertenkammer angenommenen Gesetzentwürfen betreffend Herstellung und Verkauf automatischer Feuerzeuge, sowie Verzollung eingeführter Feuerzeuge ebenfalls zugestimmt.

Madrid, 23. Dez. Über die Dauerstimmung der Kammer, welche die ganze Nacht fortgesetzt wurde, ist noch zu berichten, daß, nachdem eine Anzahl Änderungsanträge abgelehnt wurden, der Ministerpräsident ausfuhrte, die Regierung hege keinerlei Animosität gegen die religiösen Orden, wünsche aber auch nicht, daß diese sich in die Politik einmischten. Mella (Karlist) sagte, das Gefühl der Menschlichkeit gegenüber dem Stenographen gab ihm den Entschluß ein, die Opposition aufzugeben. Er drückte seinen Schmerz über die Verurteilung aus, welche den Kapit erlasse, wenn er die Annahme des Gesetzentwurfs erlaube. Es folgte darauf die Annahme des Gadenasgesetzes. Das Haus vertagte sich um 9 Uhr 20 morgens.

Lissabon, 23. Dez. Die Regierung arbeitete einen großzügigen Entwurf des neuen Verfassungsgesetzes aus. Die Absicht, dem Präsidenten ein größeres Maß von Vollmachten zu geben, scheint aufgegeben zu sein. Die Republik wird parlamentarischen Charakter tragen. Der Präsident wird von der gesetzgebenden Körperschaft auf fünf Jahre gewählt. Es wird nur eine gesetzgebende Versammlung geben, die alle drei Jahre gewählt wird. Der Kriegs-, Finanz-, Marine- und Arbeitsminister werden außerhalb der Politik stehend betrachtet und sind deshalb unabsetzbar.

Latvia, 23. Dez. Der Landtag wurde heute eröffnet. Die Thronrede, welche die Notwendigkeit betont, den Frieden im fernsten Osten aufrecht zu erhalten, wurde namens des leicht erkrankten Kaisers von dem Ministerpräsidenten verlesen. Nach der Annahme der Antwortadressen wurde der Landtag bis zum 20. Januar vertagt. (Vgl. den Leitartikel in der Freitagnummer.)

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 24. Dezember.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Geheimen Legationsrat Dr. Seyb zur Vortragserstattung.

** Auf Grund der im November und Dezember 1910 abgehaltenen Prüfung sind folgende Justizaktuelle zur Anstellung im mittleren Justizdienst für befähigt erklärt worden:

Karl Alt aus Philippsburg, Emil Baumgras aus Achern, Otto Behringer aus Stühlingen, Ernst Bellert aus Basel, Wilhelm Berberich aus Ettlingen, August Birkenberger aus Karlsruhe, Alfred Blas aus Schwetzingen, Johann Boh aus Wiesloch, Wilhelm Dauth aus Diedelsheim, Karl Diemer aus Philippsburg, Jakob Döbler aus Soffenheim, Rudolf Dreher aus Heilbronn, Emil Eggenberger aus Karlsruhe, Alfred Ehlig aus Hannover, Wilhelm Ehret aus Weisweil, Friedrich Eisenmann aus Ringsheim, Friedrich Erles aus Karlsruhe, Hugo Fleudhaus aus Eberbach, Adolf Gros aus Mühlheim, Johann Hauber aus Bretten, Alexander Heilmann aus Duren, Karl Hils aus Karlsruhe, Eduard Hoffmann aus Pforzheim, Wilhelm Huber aus Brombach, Adolf Jbach aus Nastatt, August Karcher aus Freilicht, Gustav Killius aus Broggingen, Konstantin Konrad aus Obergrombach, Konrad Konstanzer aus Stein, Wilhelm Korbes aus Offenburg, Adolf Kovar aus Karlsruhe, Adolf Kühn aus Ditzheim, Franz Anton Lehner aus Obergrombach, Friedrich Liede aus Hohemwetterbach, Ernst Pfisterer aus Sigen, Philipp Randoll aus Weinheim, Wilhelm Renner aus Malspüren i. S., Wilhelm Reule aus Überlingen, Georg Rittmann aus Karlsruhe, Karl Romig aus Stebbach, Karl Schäfer aus Bühl, Karl Scheu aus Straßberg, Hermann Schmitt aus Rehl, August Schreiber aus Tübingen, Heinrich Seyfried aus Indleofen, Emil Spahr aus Mannheim, Eugen Stroh aus Eppingen, Ludwig Nhl aus Herrschried, Adolf Welz aus Vammmental, Philipp Wieland aus Gernsbach, Adolf Wolmer aus Karlsruhe.

** Die Regierung der Republik Peru hat das bisherige peruanische Generalkonsulat in Hamburg, dessen Amtsbezirk auch das Gebiet des Großherzogtums Baden zugeteilt war, aufgehoben und dafür ein Konsulat in Hamburg errichtet. Der Amtsbezirk des neuen Konsulats umfaßt die freien Städte Hamburg und Lübeck und deren Staatsgebiet sowie die preußische Provinz Schleswig-Holstein.

BC. (Genossenschaftsverband bad. landw. Vereinigungen.) Der Gesamtverband des Genossenschaftsverbandes badischer landwirtschaftlicher Vereinigungen hielt kürzlich in Karlsruhe eine Sitzung ab, bei der eine reichhaltige Tagesordnung zur Besprechung lag. Die Verhandlungen wurden geleitet durch Verbandspräsident Sanger, welcher nach Eröffnung der Sitzung dem verstorbenen Ökonomenrat Magenan, welcher lange Jahre als Landwirtschaftslehrer wirkte und vor einigen Jahren in den Ruhestand trat, einen herzlichen Nachruf widmete. Aus dem Bericht des Verbandsdirektors Niesch ging hervor, daß die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens seit der Septemberbesitzung wiederum recht erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Als neue Mitglieder wurden 11 Genossenschaften in den Verband aufgenommen. Der Gesamtzugang im Jahre 1910 betrug somit 30 Genossenschaften, die Zahl der Verbandsvereine auf Jahresabschluss 730. Ferner wurde durch Verbandspräsident Sanger der Revision der über die stattgefundenen Prüfung der Jahresrechnung des Verbandes zur Kenntnis des Gesamtverbandes gebracht und zu den einzelnen Punkten Beschlüsse gefaßt. Einen breiteren Raum in den Verhandlungen nahmen die verbandsseitig zu treffenden Maßnahmen zur Einberufung der Notlage der Rebbaupen ein. Die Notlage ist sehr groß, da die Mehrzahl der Binger ihr ganzes Einkommen nur aus dem Erlös des Weines erhalten und im letzten Jahre mit verschwindender Ausnahme keinen Tropfen zum Verkaufe bringen konnten. Dabei geben die badischen Rebbaupen allein zur Bekämpfung der Rehrankheiten jährlich zwischen 350 000 bis 400 000 M. aus. Für ihr Risiko und ihre Arbeit bleibt eine Entschädigung überhaupt nicht übrig. Der Rebbaupen muß ja mit Ausfällen rechnen; wenn jedoch, wie es in den letzten Jahren der Fall war, mehrere Rehrankheiten sich hintereinander einstellen, dann ist die Lage eine sehr bedrückende. Das Großministerium des Innern hat mit Erlaß vom 30. November bereits Maßnahmen bekannt gegeben lassen, welche seitens der Behörden unternommen werden können. In diesem Erlaß wird auch auf eine frachtfreie Beförderung der landwirtschaftlichen Bedarfsartikel hingewiesen. Ob seitens der Bahnverwaltungen diese frachtfreie Beförderung gewährt wird, darüber steht eine Entscheidung noch aus. Außerdem ist in diesem Erlaß auf die Selbsthilfe durch die genossenschaftlichen Organe hingewiesen. Der Gesamtverband beschließt einstimmig, daß der Verband für die Bezüge an Rebpfählen ein Zahlungsziel bis 1. September 1911 gewährt und auch bei Bezug von Kupfervitriol und Schwefel den Bezüglern weitgehende Vergünstigungen einzuräumen geneigt ist. Man kann jedoch der sehr begründeten Meinung sein, daß es Pflicht des badischen Staates ist, auch bare Geldmittel zur Bekämpfung der Rehrankheiten zur Verfügung zu stellen. In einem Bericht an das Großministerium des Innern wurde das Ergebnis der Beratungen über diese wichtige Angelegenheit zur Kenntnis der Regierung gebracht. Die von der Verbandsleitung vorgelegten Verbandsrevisoren wurden vom Gesamtverband genehmigt und zur Kenntnis des Großministeriums gebracht. Die Vastpflichtankunft der Landwirtschaftskammer bildete einen weiteren Punkt der Beratung. Nach dem Statut dieser Anstalt hat der Genossenschaftsverband einen Vertreter als Beirat zu ernennen. Es wurde Generalsekretär Berg auf die Dauer von drei Jahren gewählt.

Aus der Residenz.

(Großherzogliches Hoftheater.) Von der Generaldirektion wird uns mitgeteilt: Die an den beiden Weihnachtstagen aufzuführenden Stücke sind dem klassischen Repertoire entnommen: am Sonntag den 25. gelangt der neuinstudierte „Kaufmann von Venedig“ zur Aufführung, am Montag den 26. geben die „Meisterfinger von Nürnberg“ in Szene. Die letztere Vorstellung, die bei aufgehobenen Abonnement gegeben wird, beginnt auf vielfache Anregung hin nicht um 5 Uhr, sondern um 7 Uhr; sie wird aber dennoch so frühzeitig (um 10 Uhr 20 Minuten) zu Ende sein, daß für auswärtige Besucher noch reichlich Zeit zur Erreichung der letzten Abendzüge gegeben ist. Die erste Vorstellung nach den Feiertagen (am Dienstag den 27.) ist „Aubine“.

(Mitteilungen aus der Stadtratsitzung vom 22. Dezember.) Ihre Kaiserliche Hoheit die Prinzessin Wilhelmine hat dem Stadtrat herzlichsten Dank dafür aussprechen lassen, daß er am Er-

innerungstage der Schlacht bei Witts (18. d. M.) als Zeichen treuen Gedankens einen Kranz am Standbild des Prinzen Wilhelm hier niedergelegt hat. — Der hiesige Veteranenverein dankt dem Stadtrat namens seiner bedürftigen Mitglieder für die Ehrengabe, die ihnen auf den 18. Dezember d. J. zugewiesen worden ist. — Nach Ausarbeitung des Bauprogramms für eine zweite Gewerbeschule beschließt der Stadtrat, beim Bürgerausschuß zu beantragen, daß zur Erlangung von Entwürfen für den auf dem Grundstück des alten Krankenhauses zu errichtenden Neubau ein öffentlicher Wettbewerb unter den hier ansässigen Architekten veranstaltet und der zur Gewährung von Preisen erforderliche Betrag von 9000 M. aus Wirtschaftsmitteln bestritten werde. — Das Zinsenertragnis der Kaiser Friedrich-Stiftung (die Zinsen sind dazu bestimmt, arme aber befähigte und sittlich würdige junge Leute unserer Stadt zu tüchtigen Mitgliedern des Gewerbestandes heranzubilden) für das laufende Jahr im Betrag von 1019 M. wird in Form von Stipendien unter 55 von 103 Bewerbern aufgeteilt. — Das Großministerium schlägt zur Bekämpfung der Schnalplage u. a. das Einfrieren von larvenartigen Fischen in den städtischen Gewässern in der Umgebung von Karlsruhe vor. Der Vorschlag wird genehmigt und der Kostenaufwand mit 300 M. in den Entwurf des nächstjährigen Haushalts aufgenommen. — Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sucht um Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter nach, obwohl eine durchgreifende Erhöhung der Löhne erst im Jahre 1908 vorgenommen worden ist. Der Stadtrat beschließt, zunächst festzustellen, ob eine solche abermalige Erhöhung angezeigt erscheint, insbesondere, wie es sich mit der in der Eingabe aufgestellten Behauptung, daß gleichartige Arbeiter in Privatbetrieben besser bezahlt seien, verhält.

Badische Chronik.

oc. Pforzheim, 23. Dez. Die Geschäftsstelle des deutschen Metallarbeiterverbandes veröffentlichte heute früh folgenden Anschlag: Um allen Mitteilungen bürgerlicher Blätter, die zu falschen Schlussfolgerungen führen, entgegenzutreten, erklären wir, daß der Kampf nicht beendet ist, sondern wie bisher weiter geht. Ebenso sind die Mitteilungen über das Resultat der Abstimmungen falsch. Wir haben aus tatsächlichen Gründen keine Ursache, die einzelnen Zahlen bekannt zu geben, erklären jedoch ohne weiteres, daß uns die Resultate der Gesamtabstimmung im Verein mit uns gewordenen Mitteilungen aus dem Lager des Arbeitgeberverbandes einhellig veranlassen, die Order herauszugeben, daß von Fabrikanten versandte Karten mit der Aufforderung zur Rückkehr zur Arbeit am 2. Januar an uns eingeliefert werden sollen, denen wir sie dann wieder zuzustellen werden. Es ist also alles Gerade von einer Beendigung des Kampfes vollkommen verfrüht und allem Anschein nach mit der Ausnahme der Arbeit am 2. Januar 1911 nicht zu rechnen, es sei denn, daß der Arbeitgeberverband Verhandlungen über die Beilegung des Kampfes zugänglich ist.

Der Arbeitgeberverband hat an sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen ein Rundschreiben erlassen, demzufolge die Fabriken am 2. Januar 1911 den Betrieb wieder aufnehmen unter der Bedingung, daß genügend Anmeldungen zur Wiederaufnahme der Arbeit vorliegen. Ist dies nicht der Fall, dann wird bis auf weiteres, vorerst bis zum 1. Februar 1911 ausgefetzt. Die Anmeldungen haben bis spätestens am 27. Dezember zu erfolgen. Von den Staatsbehörden sei ausreichender Schutz gegen Verletzung der Arbeitswilligen zugesichert worden.

BC. Lörrach, 23. Dez. Einen sehr zu begrüßenden Beschluß hat der Bezirksrat gefaßt. Am der immer mehr um sich greifenden Verunreinigung des Markgräflerlandes durch Melanesechilde usw. Einhalt zu tun, wird ein Verbot erlassen werden, wonach Melanesechilde, Abfälle u. dgl., die berast angebracht sind, daß sie das Wild einer landwirtschaftlich schönen Gegend und den Einbruch von geschädigten oder künstlich abgedungenen Baudentmalen beeinträchtigen, nicht angebracht werden dürfen bzw. soweit sie schon vorhanden sind, entfernt werden müssen. — Was zum kommenden Frühjahr soll über das Projekt der Fortführung der Straßenbahn Basel-Niesch bis nach Lörrach definitiv entschieden werden.

Überlingen, 17. Dez. Der Segenverband des Badischen Landwirtschaftlichen Vereins, den Amtsbezirk Überlingen umfassend, hat am 6., 7., 9. und 10. d. M. in Salem einen landwirtschaftlichen Vortragskurs veranstaltet. Es wurden an jedem Tag drei einstündige Vorträge über wichtige landwirtschaftliche und züchterische Fragen abgehalten. Die Beteiligung war eine außerordentlich gute, die Gesamtzahl der Zuhörer betrug über 1300, bei jedem Vortrag durchschnittlich 100–110 Personen. Die Leitung der Vorträge lag in der Hand des Geworbenen, Oberamtmann Leviner von Überlingen; einem Teil derselben folgten auch der Vereinspräsident, Geheimrat Salzer von Karlsruhe, bei.

** Nachweisung über den Stand der Maul- und Klauenseuche in Süddeutschland (Baden, Bayern, Elsaß-Lothringen, Hessen, Hohenzollern und Württemberg) am 15. Dezember 1910.

Baden. Kreis Freiburg: Amtsbezirk Freiburg 1 Gemeinde, 3 Gehöfte. — Kreis Karlsruhe: Amtsbezirk Pforzheim 3, 6. Bayern. Regierungsbezirk Oberbayern: Amtsbezirk Ebersberg 1 Gemeinde, 2 Gehöfte; Freising Stadt 1, 20; Wiesbad 1, 1; Mühlhörn 1, 1; München Stadt 1, 1; München l. 1, 1; Rosenheim 1, 3; Weihenstephan 1, 30. — Regierungsbezirk Niederbayern: Amtsbezirk Griesbach 2, 4; Landau a. S. 1, 6; Landshut 1, 1; Kärntchen 1, 1. — Regierungsbezirk Pfalz: Amtsbezirk Bergzabern 5, 28; Frankenthal 3, 5; Germersheim 3, 20; Kaiserslautern 2, 3; Landau 2, 27; Neustadt a. S. 1, 6; Rimbarts 2, 10; Rodenhäuser 1, 1; Speyer 2, 11. — Regierungsbezirk Oberpfalz: Amtsbezirk Regensburg Stadt 1, 1. — Regierungsbezirk Oberfranken: Amtsbezirk Bamberg Stadt 1, 7; Bamberg II 4, 12; Hof Stadt 1, 1; Hof 2, 22; Kronach 5, 23; Staffelstein 3, 43; Teuschnitz 1, 30; Yundel 4, 15. — Regierungsbezirk Mittelfranken: Amtsbezirk Erlangen 1, 3; Fürth 2, 9; Nürnberg Stadt 1, 19; Schwabach 2, 4; Weißenburg i. V. 1, 9. — Regierungsbezirk Unterfranken: Amtsbezirk Obern 2, 2; Rhisingen 1, 3.

Elsaß-Lothringen. Kreis Unterelsaß: Amtsbezirk Straßburg 2 Gemeinden, 13 Gehöfte. — Kreis Oberelsaß: Amtsbezirk Mühlhausen 1, 1.

Hessen. Provinz Starkenburg: Amtsbezirk Darmstadt 1 Gemeinde, 1 Gehöft; Groß-Oraun 2, 17. — Provinz Rheinhessen: Amtsbezirk Mainz 1, 1.

Württemberg. Bezirksamt: Oberamt: Leonberg 1 Gemeinde, 8 Gehöfte; Ratbach 1, 15; Maulbronn 1, 2.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Jalpur, 24. Dez. Der Deutsche Kronprinz ist gestern hier eingetroffen und von dem Maharadscha, den englischen Behörden und eingeborenen Würdenträgern empfangen worden.

Breslau, 24. Dez. Wie die „Schlesische Ztg.“ meldet, ist der frühere Reichstagspräsident Graf Ballescrem gestern im Alter von 76 Jahren auf Schloß Plawnowitz in Oberschlesien gestorben.

Altenburg, 23. Sept. Der herzoglich-altenburgische Hof gibt bekannt, daß die Prinzessin Marie von Sachsen-Altenburg, Tochter weiland des Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg, sich mit dem Prinzen Heinrich XXXV., Neuh. j. L., verlobt hat, und daß der Herzog zu dem für das herzogliche Haus so hocherfreulichem Verlöbniß seine Genehmigung erteilt hat.

Paris, 24. Dez. Aus Tanger wird gemeldet, die algerisch-marokkanische Grenze solle in zwei Zonen geteilt werden, in eine nördliche, die den Gebietsstreifen vom Meere bis nach Taurir umfaßt und in eine südliche, die von Taurir bis an die Sahara reicht. Die erste soll einer Zivilverwaltung unterstehen und eine aus Kolonialtruppen bestehende Besatzung erhalten, die zweite soll einer Militärbehörde unterstellt werden.

Pforzheim, 24. Dez. (Telephonische Meldung.) Der Metallarbeiterverband hat dem Arbeitgeberverband mitgeteilt, er ziehe seine Forderungen (die 14 Punkte) zurück, wenn der Arbeitgeberverband mit ihm in Verhandlungen eintreten wolle.

Verschiedenes.

Von der Luftschiffahrt.

Der südwestdeutsche Überlandflug, der von Frankfurt a. M. nach Freiburg i. Br. führen dürfte, ist für die Zeit vom 21. bis 28. Mai geplant. Da zu gleicher Zeit (20.–29. Mai) der Rundflug durch Sachsen stattfinden soll, ist den die Flüge veranstaltenden Vereinen empfohlen worden, sich miteinander in Verbindung zu setzen und die Termine zu überlegen, damit die Veranstaltungen sich nicht stören. Der Überlandflug Illm-Friedrichshafen, der in einer Halbtagung der deutschen Flieger vor dem Grafen Zeppelin ausfliegen wird, wurde auf den 9. bis 21. April gelegt.

Paris, 24. Dez. Der Kapitän des Dampfers „Bas de Calais“ teilt einem Berichterstatter mit, er habe den vermissten Flieger Grace gebeten, den Rückflug nach England mit der Abfahrt des Dampfers anzutreten, der ihm dann die Richtung angezeigt haben würde. Leider habe Grace nicht so lange warten wollen und bald nach seinem Abflug eine zu sehr nordöstliche Richtung eingeschlagen.

Samburg, 23. Dez. Die Erdgasquelle bei Neuenamme brennt wie früher. Der Druck steigerte sich so, daß das Manometer platzte, worauf das ausströmende Gas sich entzündete. Das Geräusch ist ebenso stark wie früher.

Schloß Serrahn, 27. Dez. Gestern verlobte sich hier die Prinzessin Maria von Sachsen-Altenburg mit dem Prinzen Heinrich von Neuh. XXXV. auf Treppichen bei Jülichau.

Paris, 24. Dez. Im Bahnhof von Arbanats stieß gestern Abend ein Personenzug mit einem von Toulouse kommenden Zug zusammen. Ein Zugführer und drei Soldaten wurden getötet und etwa 40 Reisende, meist Soldaten, die auf Urlaub in die Heimat fuhren, wurden schwer verletzt.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

„Bekam mit 6 Wochen Scotts Emulsion.“

Reichau, Schwaben, den 4. Dez. 1909.

„Die mir kürzlich gesandte Flasche Scotts Emulsion habe ich an einem 6 Wochen alten Knäblein meiner Tochter, das nicht recht vorangehen wollte, angewandt. Damals hatte das Kind ein Gewicht von 7 Pfund, heute nun, nach 6 Wochen, wiegt es 14 Pfund. Der Kleine ist jetzt sehr kräftig und munter und stellt sich schon tapfer auf die Füßchen. Ich schätze Ihre Scotts Emulsion sehr und werde sie gern, wo ich Gelegenheit habe, weiter empfehlen.“

(gez.) Theresia Lindner, Gehamme.

Ein Stärkungsmittel, das man schon einem 6 Wochen alten Säuglinge geben kann, muß vor allem leicht verdaulich und angenehm zu nehmen sein. Diese beiden Eigenschaften besitzt Scotts Emulsion. Im Scottschen Verfahren werden ihre Bestandteile in allerfeinste Tröpfchen aufgelöst, die selbst der Magen des Säuglings voll verdaut, also in Fleisch und Muskelkraft umsetzt. Wer seinen Kindern den Nutzen einer wirklich guten Lebertran-Emulsion zuteil werden lassen will, gebe ihnen Scotts Emulsion, die seit Jahrzehnten erprobt ist und auf deren Herstellung aus den denkbar besten Rohstoffen man sich unbedingt verlassen kann. Das Kennzeichen der echten Scotts Emulsion ist unsere wohlbekannte nebenstehende Fischerschulmarke.



Nur echt mit dieser Marke — dem Garantieschild des Scottschen Verfahrens.

Scotts Emulsion wird von uns ausschließlich im großen verkauft, und zwar in lose nach Gewicht oder Maß, sondern nur in versiegelten Originalflaschen in Kartons mit unserer Schutzmarke (Fischer mit dem Dorsch). Scott & Bowne, G. m. b. H. Frankfurt a. M.

Behandlung: Feinster Medizinal-Lebertran 150, prima Glycerin 50, unterphosphorigsaure Kalk 4,3, unterphosphorigsaures Natrium 20, pulv. Tragant 3,0, feinstes arab. Gummi pulv. 2,0, destill. Wasser 120,0, Alkohol 11,0. Hierzu aromatisches Emulsion mit Bimt, Mandel- und Gaurichsöl je 2 Tropfen.

Institut Fecht, Karlsruhe i. B., Kriegstr. 100

Privatmittelschule von Sexta bis inkl. Obersekunda mit fakult. Latein und Griechisch in Uebereinstimmung mit den staatlichen Lehrplänen.

Vorbereitung für die mittleren u. höheren Klassen der Staatslehranstalten, das Einjähr.-Freiw.-Fähnrichs-u. Primaner-Examen. Internat. u. Externat. Seit Juli 1907 wieder unter persönlicher Leitung des Besitzers, Oberleut. a. D. Fecht, vom Herbst 1907 bis einschließlich Sept. 1910 haben von 84 in dem Institut ausgebildeten Schülern 77 ihr Abgangs-Examen bestanden (20 Primaner, 30 Einj.-Freiw. und 27 Sekundaner). Eintritt jederzeit. Näheres mit Referenzen in den Satzungen. 2.427.5.3

Ueber die Weihnachtsfeiertage

kommt bei sämtlichen Kunden der unterzeichneten Brauereien ein vorzügliches

BOCK- BIER

zum Auschank.

Brauereigesellschaft vorm. G. Moninger,
Karlsruhe,
Brauerei Heinrich Fels, Karlsruhe,
Brauerei Wilhelm Fels, Karlsruhe,
Gesellschaft für Brauerei vorm. G. Sinner,
Karlsruhe,
Brauerei Fr. Hoepfner, Karlsruhe,
Brauerei Karl Kammerer, Karlsruhe,
Karlsruher Brauereigesellschaft vorm.
K. Schrempf, Karlsruhe,

Mühlburger Brauerei vorm. Fehrl. von
Seldeneck'sche Brauerei, Karlsruhe,
Brauerei A. Prink, Karlsruhe,
Unionbrauerei A.-G., Karlsruhe, Pl. 168
Brauerei Gglan, A.-G., Durlach,
Bierbrauereigesellschaft am Huttenkrenz,
A.-G., Ettlingen,
Brauerei C. Franz, G. m. b. H., Rastatt,
Bruchsaler Brauerei, A.-G., Bruchsal.

Hotel und Restaurant
„Friedrichshof“
Direktion: **G. Münzer**
Während der Weihnachtsfeiertage
hochfeines Bock-Bier
und helles Tafelbier nach Pilsner Art
Anerkannt gute Küche Reichhaltige Speisekarte
Alle Delikatessen der Saison
Jeden Abend: Pl. 195
Konzert der rumänischen Künstler-Kapelle.

Krokodil Karlsruhe
An den Feiertagen
feinstes Münchener Löwenbräu-
Bock - Bier.
J. Möloth.
Pl. 225

Gebr. Ettliger Hof-
Lieferanten
Kaiserstr. 199 Gegründet 1851 Telefon 528
Spezialhaus f. Besatzartikel u. Spitzen
Grösste Auswahl. Besätzen, Stickereien
Spitzen, Garnituren, Knöpfen, Bändern
Neue Abteilungen für
Blusen, fussfreie Röcke, Unterröcke
Handschuhe, Strümpfe, Schleier ;

Konrad Schwarz
nur Waldstr. 50 Tel. 352
Sanitäre Anlagen u. Beleuchtung
Werkstätte f. Neuanlagen u. Reparaturen bei billig. Berechnung
Großes Lager — Rabattmarken.

Organ des Deutschen Verbandes für Verbesserung der Frauenkleidung
Schriftleitung: Clara Sander, Eise
Wirtshaus, beide in Köln.

NEUE FRAUENKLEIDUNG UND FRAUENKULTUR
Erscheint monatlich (mit Ausnahme der Monate Juli und August) und kostet jährlich M. 6.—
Die „Neue Frauenkleidung und Frauenkultur“, unter Mitwirkung hervorragender Schriftsteller und Schriftstellerinnen herausgegeben, umfaßt außer einem redaktionellen Teile einen technischen Teil, beide mit zahlreichen Abbildungen und Zeichnungen; ein Anhang bringt die Mitteilungen des Deutschen Verbandes für Verbesserung der Frauenkleidung.
Die Eigenart dieser Zeitschrift liegt darin, daß sie als Organ des Deutschen Verbandes für Verbesserung der Frauenkleidung ausschließlich die Reformkleidung behandelt und sich mit allem heftigt, was die Frauenmode unter Berücksichtigung der Körperkultur der Frau, der Volksgesundheit und des Erziehungswesens zu verbessern geeignet ist. Sie gibt damit den Bestrebungen Ausdruck, die auf eine gesunde Frauentracht gerichtet sind, sowohl in künstlerischer, als auch in sozialer Hinsicht.
Einem praktischen Bedürfnisse entspricht die Zeitschrift, indem sie vom Januar 1911 an nicht nur textlich erweitert, sondern auch mit Schnittmuster-Bozen ausgestattet wird. Probehefte, die diese neue erweiterte Form zeigen, werden Interessenten gern unberechnet und portofrei übersandt.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt vom Verlag:
G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe (24)

U-Kautt & Sohn, Hofwagenfabrik, Karlsruhe.
Neue und gebrauchte Wagen aller Gattungen stets vorrätig.
Carosseriebau.
Reelle Bedienung. Pl. 204.26.23 Billige Preise. **8**